

Heinrich Alt: Mehr Geld für Zuwanderer!

Das Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, hat in einem Gespräch mit der Onlineausgabe der Rheinischen Post mehr Mittel für die Integration von Zuwanderern gefordert. Deutschland sei das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt. »Wir müssen den Menschen, die zu uns kommen, so schnell wie möglich die Rückmeldung geben, ob sie bleiben können. Wer bleiben darf, sollte möglichst schnell Deutsch lernen und berufsbezogene Angebote erhalten«, um rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können. Die aktuellen Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes werden dazu führen, dass man schneller für diese Personengruppe tätig werden könne.

Engpass bei Integrationskursen

Alt bestätigte, dass es einen Engpass bei Integrationskursen und bei berufsbezogenen Deutschkursen gebe. »Wenn wir allen Asylbewerbern und Geduldeten den Zugang zu Integrationskursen ermöglichen wollten, müssten dafür jährlich etwa 300 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt werden. Bei der berufsbezogenen Sprachförderung kämen vorsichtig geschätzt noch mal 100 Millionen Euro jährlich hinzu, um den Bedarf für Asylberechtigte und Geduldete mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit zu decken. Wir brauchen ausreichend Sprachangebote, denn die Zugangshürden zu unserem Arbeitsmarkt bestehen in der Hauptsache in mangelnden Deutschkenntnissen.«

EPALE nimmt Gestalt an

Online-Plattform zur Erwachsenenbildung

Das Onlineportal zur Erwachsenenbildung, das die Europäische Kommission 2014 unter dem Namen »EPALE« (Electronic Platform Adult Learning in Europe) initiiert hat, ist seit Ende letzten Jahres auch in Deutschland erreichbar. In jedem Land der Europäischen Union soll nach und nach eine solche nationale Plattform eingerichtet werden. Die Abteilung Erwachsenenbildung, die seit der Neustrukturierung unter Junker der Generaldirektion »Beschäftigung« zugeordnet ist, hat dazu laut Jahresplanung für dieses Jahr insgesamt europaweit 8,3 Millionen Euro vorgesehen. Am 15. April 2015 soll EPAL offiziell in Brüssel gestartet werden.

Diese Plattform ist für alle betreffenden Länder gleich strukturiert und hat immer das gleiche Erscheinungsbild. Auf nationaler Ebene sind sogenannte NSS (National Support Services), in der Regel die jeweiligen Nationalagenturen, für die Umsetzung zuständig. Dort wird im Laufe der ersten Jahreshälfte je nach Landesgröße zusätzliches Personal eingestellt – in Deutschland sind dies fünf Mitarbeitende, in Österreich zum Beispiel eineinhalb Stellen.

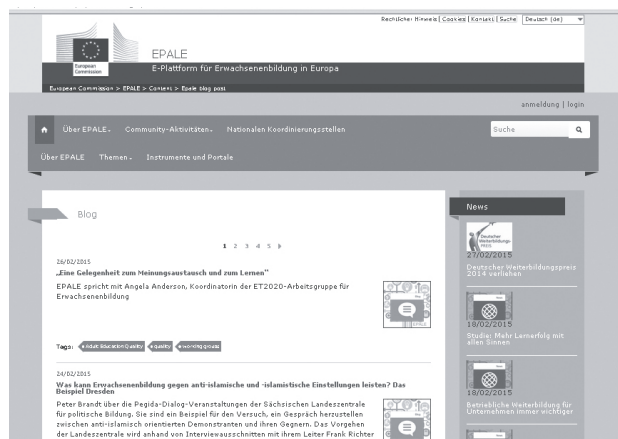
Inhaltlich soll die Plattform vor allem dazu dienen, dass die Erwachsenenbildung des jeweiligen Landes dort ihre Materialien und Termine veröffentlichen, Blogs verfassen, Projektpartner suchen oder Termine einstellen. Die

Mitarbeitenden in den Agenturen sollen die Aktivitäten moderieren und betreuen. EPAL verfügt auch über eine eigene Nachrichtenrubrik, die ebenfalls hauptsächlich durch externe Beiträge gefüllt werden soll. Hier leistet das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung entsprechende Zuarbeit. Ausdrücklich soll die Plattform als Medium dienen, damit Institutionen, Experten/-innen oder Universitäten miteinander online ins Gespräch kommen und ihre Ergebnisse, Berichte, Best-Practice-Beispiele oder Termine mit anderen in der Szene teilen.

Koordiniert werden die NSS von Ecorys in Birmingham, die eine entsprechende Ausschreibung im vergangenen Jahr gewonnen hat. Ecorys ist eine international tätige Projekt- und Beratungsfirma, die auf vielen Feldern im Bereich IT und Projektmanagement tätig ist. Ecorys ist auch Nationalagentur für Erasmus+ in England. Einrichtungen bzw. mitbietende Konsortien aus der Szene sind dagegen nicht zum Zuge gekommen.

Marktstudie

Zur Vorbereitung der Ausschreibung hat die EU-Kommission eine Markt- und Machbarkeitsstudie durchgeführt, bei der neben anderen vergleichbaren Initiativen auch das Netzwerk »European



Die deutschsprachige Fassung von EPAL

InfoNet Adult Education« (siehe Bericht S. 25) eingehend analysiert wurde. Besonders die fehlende Vielsprachigkeit und begrenzte Beteiligungsmöglichkeiten über Blogs oder Foren in den bestehenden Angeboten führten in dem Gutachten zum Schluss, eine Plattform wie EPALE zu entwickeln. Publizistische Aktivitäten mit guter Qualität seien dagegen laut der Studie genügend vorhanden.

Da EPALE auch in Deutschland derzeit noch am Anfang steht, lassen sich Qualität, Umfang und Nutzen des Angebots noch nicht absehen. Mit der Plattform verlässt die Kommission die bisherige Strategie, über die Agenturen in den Ländern hauptsächlich die Mittel der jeweiligen Förderprogramme zu administrieren. Vor drei Jahren wurden schon Gelder für Stellen in den Agenturen für die Umsetzung der europäischen »Agenda für Erwachsenenbildung« freigegeben – in Deutschland ist dafür seither Hans Georg Rosenstein zuständig. Nun bekommen die Nationalagenturen die Aufgabe, mit EPALE eine Kommunikationsplattform zu betreiben, die laut Konzept für die nationale Szene gedacht ist. Einige Artikel werden auch in verschiedenen Sprachen auf den jeweiligen nationalen Plattformen verbreitet.

»Die EPALE-Initiative der Kommission ist eine sehr hilfreiche Unterstützung für die Erwachsenenbildung in Europa«, so die Geschäftsführerin des Europäischen Dachverbandes für Erwachsenenbildung (EAEA) in Brüssel. »Es ist zu begrüßen, dass wir jetzt ein solches Instrument zur Verfügung haben. Wir wünschen uns, dass die Institutionen der Erwachsenenbildung vor Ort und auf europäischer Ebene berücksichtigt und beteiligt werden. Besonders die nationalen Dachorganisationen für Erwachsenenbildung beobachten mit Skepsis, dass die Nationalagenturen der EU strukturell stark aus Brüssel unterstützt werden, während sie weitgehend leer ausgehen. Außerdem wird kritisiert, dass EPALE mit ihrem hohen Budget eine Konkurrenz zu nationalen und europäischen Informationsangeboten darstellt.«

Michael Sommer

Impulse für Alphabetisierung durch europäischen Austausch

Tagung zum Thema Grundbildung

Das NRW-Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung öffnet sich für neue Impulse aus europäischen Ländern. Weiterbildungsministerin Sylvia Löhrmann betonte auf der Fachtagung »Uns verbindet Grundbildung – lokal bis europäisch netzwerken« in Neuss, dass der grenzüberschreitende europäische Austausch Alphabetisierung und Grundbildung in NRW bereichern kann: »Die europäische Perspektive erweitert den Horizont. Alphabetisierung und Grundbildung sind in allen europäischen Ländern aktuelle Themen. Um möglichst viele betroffene Menschen zu erreichen, wollen wir im lokalen und europäischen Austausch von guten Beispielen lernen. Gleichzeitig müssen wir gesamtgesellschaftlich denken und verschiedene Partner einbinden, damit unsere Bemühungen fruchten.«

Auf der Fachtagung waren Vertreterinnen und Vertreter von europaweit handelnden Institutionen eingeladen. Vor dem Hintergrund der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung wurden Erfahrungen aus Netzwerken für Grundbildung und Alphabetisierung aus europäischen Ländern vorgestellt, um Impulse für die Grundbildungnetzwerke in NRW zu erhalten.

Alphanetz-NRW

Im Jahr 2014 wurde das Alphanetz-NRW gegründet, ein landesweites Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung. Es wird getragen vom Landesverband der Volkshochschulen NRW, die Partner kommen aus der Weiterbildung, der Politik, aus Verwaltung, Gewerkschaften, Wirtschaft und Verbänden. Ziel ist, in regionalen Netzwerken für das Thema zu sensibilisieren und Angebote bereitzustellen, die die Menschen vor Ort in ihrer individuellen Arbeits- und Lebenswelt

erreichen. Mittlerweile wurden 19 regionale Bündnisse gegründet.

Klaus Fadle, Leiter der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, begreift Maßnahmen gegen Analphabetismus als eine europäische Aufgabe: »Die Europäische Agenda Erwachsenenbildung hat unter anderem das Ziel, der Erwachsenenbildung als vierter Säule des Bildungssystems eine wichtige Stellung in der Strategie ›Europa 2020‹ einzuräumen. Wir haben dabei das Thema ›Grundbildung und Alphabetisierung‹ zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Wir können in Europa dabei viel voneinander lernen, und dies möchten wir durch Austausch und Netzwerke fördern.« Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung ist die Koordinierungsstelle für die Agenda für Erwachsenenbildung, die Ende 2011 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde.

Teilnahme am gesellschaftlichen und beruflichen Leben

Ulrike Kilp, die kommissarische Direktorin des Landesverbandes VHS NRW, verwies auf die positiven Erfahrungen des vom Landesverband getragenen Alphanetz-NRW: »Grundbildung ist die zentrale Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen und beruflichen Leben.«

Die Tagung wurde vom Weiterbildungsministerium gemeinsam mit der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung, dem Landesverband der Volkshochschulen NRW und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung veranstaltet.

Weitere Informationen: www.alphanetz-nrw.de,
www.agenda-erwachsenenbildung.de

Katholisch-soziale Bildungswerke

Institutionen der Katholischen Erwachsenenbildung (8)

Die AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. ist die bundesweit tätige katholische Fachorganisation politischer Erwachsenen- und Jugendbildung. Sie repräsentiert rund 60 katholische Akademien, Bildungseinrichtungen, Vereine und Verbände. Gegründet wurde die AKSB 1952 auf einer Konferenz, zu der Prof. Dr. Joseph Höffner – später Erzbischof von Köln – als Leiter des Sozialreferats des Zentralkomitees der deutschen Katholiken nicht nur eingeladen, sondern auch den Vorsitz übernommen hatte. Aktueller Vorsitzender ist Dr. Michael Reitemeyer, Leiter des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen, der zugleich die Aufgabe des Stellvertretenden Vorsitzenden der KEB Deutschland e.V. wahrnimmt.

Grundlage der Bildungsarbeit innerhalb der AKSB ist der zwischen den Trägern der politischen Bildung 1976 beschlossene »Beutelsbacher Konsens«, der jede Form massiver politischer Beeinflussung verbietet, die Vielfalt politischer Meinungen anerkennt und fördert sowie zum politischen Handeln anregt und ermutigt.

Das christliche Menschenbild und die christliche Sozialethik sind Ausgangspunkt der Bildungsarbeit innerhalb der AKSB. Die Mitgliedseinrichtungen bieten Bildungsveranstaltungen an, in denen Informationen und Hintergründe über wichtige Themen vermittelt und Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens diskutiert sowie die sozialetische Orientierung reflektiert werden. Jährlich werden über 700 mehrtägige politische Bildungsveranstaltungen durchgeführt, die rund 20.000 Menschen erreichen. Diese Veranstaltungen werden offen ausgeschrieben oder in Kooperation mit Schulen, Universitäten, Betrieben oder Verbänden durchgeführt.

Mit ihrer bundes- und europaweiten Bildungs- und Projektarbeit will die AKSB Akzente im Bildungsbereich setzen und gesellschaftliche Diskurse begleiten.

Aktuell führt sie gemeinsam mit der KEB Deutschland e.V. und der *familienbildung deutschland* das Projekt Kulturbotschaft (www.kulturbotschaft-online.de) durch. Mit dem BMBF-geförderten Projekt werden Bündnisse für Bildung vor Ort unterstützt, die Kunst und Medieneinsatz mit dem Ziel verbinden, den Teilnehmenden Medien- und Demokratiekompetenz zu vermitteln. In dem weiteren Projekt »Globales Lernen als Querschnittsaufgabe im Kursalltag«, ebenfalls in Kooperation mit der KEB Deutschland e.V. und gefördert durch Misereor e.V., soll Kursleitenden ein eigener Zugang zu globalem Lernen verschafft und Elemente globalen Lernens in den normalen Kursalltag integriert werden.

Tagung »Hilfe, wer erzieht unsere Kinder?« im Mai 2015

In Kooperation mit der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, dem Bonifatiushaus Fulda, der LPR Hessen und dem MUK Hessen führt die AKSB seit einigen Jahren die Reihe »Familie 2020« durch, in der aktuelle Fragen zur digitalen Gesellschaft und Medienkompetenz rund um Familie diskutiert werden. Die nächste Tagung hierzu wird sich am 28. und 29. Mai 2015 dem Thema »Hilfe, wer erzieht unsere Kinder? Familie 2020: Medienbildung zwischen Elternhaus und Schule« beschäftigen.

Weitere Themen in der Zusammenarbeit mit der KEB sind interkulturelle/interreligiöse Bildung, politische Bildung in der Bundeswehr, lebenskundlicher Unterricht und Entwicklungspolitik.

Strategiepapier »AKSB 2020«

Um die AKSB für die Zukunft gut aufzustellen, hat die AKSB aktuell ein Strategiepapier »AKSB 2020« zur Stärkung der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung in Deutschland

beschlossen. Mit diesem Papier stellt sich die AKSB den verschiedenen aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Politik, Kirche, Medien und Kultur. Zurzeit arbeitet die AKSB bundesweit in ihren Fachgruppen an den Themen: »Migration und Flüchtlinge«, »solidarische Ökonomie«, »Inklusion«, »digitale Gesellschaft/Medienkompetenz« und »bildungsferne Zielgruppen«.

Auf Bundesebene ist die AKSB Mitglied im Vorstand des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) und arbeitet in der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft berufliche Bildung mit.

AKSB-Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer: »Mit unserer politischen Bildungsarbeit in der AKSB wollen wir Menschen Hilfen zu ihrer politischen Urteilsfähigkeit und selbstverantworteten Mitwirkung am politischen und gesellschaftlichen Leben geben. Wir leisten als katholischer Trägerverband unseren Beitrag zur Pluralität außerschulischer politischer Bildung und verstehen uns als Seismograf für gesellschaftliche Entwicklungen. Mit unserem Prozess AKSB 2020 wollen wir im Dialog mit Kirche, Wissenschaft und Politik unsere Markenzeichen »Politische Bildung« und »Sozialethik« weiter ausbauen.«

Markus Schuck



AKSB-Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer

Neues europäisches Online-Magazin

Veröffentlichung im September/Unterstützung durch Dachverbände und Experten/-innen

Vertreter und Vertreterinnen internationaler, europäischer und nationaler Dachverbände sowie weitere Expert/-innen haben in Lissabon die Entwicklung eines neuen Online-Magazins zur Erwachsenenbildung in die Wege geleitet. Das neue Magazin soll vor allem qualitativ hochwertige Artikel verbreiten und sich an europäische und internationale Fachleute richten. Geplant ist, dass sich das Portal je-

des Quartal einem speziellen Thema widmet und am Ende des Zeitraums ein entsprechendes magazinähnliches Dossier mit diesen Beiträgen und weiteren Informationen herausbringt.

Die neue, englischsprachige Online-Zeitschrift entsteht aus der Fusion des in Projektträgerschaft der KEB Deutschland durchgeführten Netzwerkes »European InfoNet Adult Education« (www.infonet-ae.eu) und des Magazins



Die InfoNet-Partner/-innen auf ihrer Jahreskonferenz in Lissabon mit KEB-Geschäftsführerin und Projektleiterin Andrea Hoffmeier (1. Reihe, 2. v. re.)

Katholische Erwachsenenbildung engagiert sich für eine Willkommenskultur

In vielen Bistümern werden große Kraftanstrengungen unternommen, um den in Deutschland ankommenden Flüchtlingen zu helfen, sei es mit Wohnraum, Nachbarschaftshilfe oder ähnlichen Leistungen. Die katholische Erwachsenenbildung ist an vielen Stellen ebenfalls engagiert und bietet Sprach- und Orientierungskurse für Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen an. Hinzu kommen Veranstaltungen, die die Zivilgesellschaft informieren sowie Workshops und Seminare für Einsteiger und Helfende mit Erfahrungen mit Flüchtlingen.

Kampagne zu Olympia in Rio 2016

Die KEB Deutschland ist offizielle Partnerin eines breiten katholischen Bündnisses unter Federführung von Adveniat, das die olympischen Spiele nutzen möchte, um die Lebensbedingungen der Menschen in Rio und in Brasilien zu thematisieren. Diese Kampagne baut auf den Erfahrungen der »Aktion Steilpass« auf. Diesmal soll die Bildungsarbeit in Deutschland noch stärker im Mittelpunkt stehen. Weitere Partner/-innen sind u.a. Misereor, AKSB, Kolping, KAB, KLJB und DJK. Entsprechende Bildungsmaterialien sollen spätestens 2016 online zur Verfügung stehen.

»Lifelong Learning in Europe« (LLinE, www.lline.fi). Das finnische Bildungsministerium, das bisher schon LLinE fördert, wird auch das neue Magazin finanziell unterstützen. Außerdem wird sich das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) wesentlich an der redaktionellen Arbeit beteiligen.

Erheblichen Anteil bei der Entwicklung haben Gina Ebner, Geschäftsführerin der Europäische Dachorganisation der Erwachsenenbildung (EAEA), Katarina Popović, Generalsekretärin des internationalen Rates für Erwachsenenbildung (ICAE), das DIE mit Dr. Thomas Jung als Verantwortlichem für Publikationen, Andrea Hoffmeier von der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB) sowie KEB/Erwachsenenbildung-Redakteur Dr. Michael Sommer (Akademie Klausenhof), Michael Voss vom dänischen Verband für Erwachsenenbildung (DFS) und Markus Palmén (Finnische Stiftung für Erwachsenenbildung KVS) als bisheriger Redakteur von LLinE.

Die meisten der rund 30 Konferenzteilnehmenden in Lissabon bekräftigten, sich mit Artikeln, Verbreitung und Werbung oder anderen Aktivitäten an der neuen Zeitschrift zu beteiligen, die sich bewusst von dem neuen EPALE-Portal der EU-Kommission absetzen will. »Wir wollen vor allem auf unabhängigen Journalismus und inhaltliche Qualität setzen«, so KEB-Geschäftsführerin Andrea Hoffmeier.

Sponsoren gesucht

Das KEB-Netzwerk InfoNet, das insgesamt neun Jahre über das EU-Programm Lebenslanges Lernen gefördert wurde, wird zwar mit Ende der Laufzeit im September 2015 eingestellt. Die Autoren/-innen und Abonnenten/-innen werden aber zur neuen Publikation transferiert. Eine Netzwerkförderung ist im neuen Erasmus+-Programm nicht mehr vorgesehen. »Wir suchen noch weitere finanzielle Unterstützung etwa durch Sponsoren«, sagte Hoffmeier. Wer Mittel zur Verfügung stelle, der werde auch in dem geplanten Steuerungsgremium vertreten sein.

Michael Sommer

TTIP und TiSA gefährden Bildungspolitik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene

Positionspapier der Träger des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Kritisch sehen die Träger des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung die Einbeziehung von »privater« Jugend- und Erwachsenenbildung in das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sowie das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA).

Damit ergeben sich aus Sicht der Träger schwerwiegende Risiken für die Bildungspolitik, für Schulen, LehrerInnen und StudentInnen sowie für Bildungseinrichtungen in der non-formalen Bildung. »Falls private Bildung oder eine Form von gemischtfinanzierter Bildungsdienstleistungen in den Verhandlungen nicht ausdrücklich ausgeschlossen werden, befürchten wir, dass die Handelsregeln den Spielraum öffentlicher Dienstleistungen einschränken und die Kommerzialisierung sowie Privatisierung vorantreiben werden«, betonen die Träger in einem kürzlich vorgestellten Positionspapier zu TTIP und TiSA und deren Folgen für die Bildungspolitik.

Keine Beachtung für Bildungspolitik

Bisher habe die Bildungspolitik in der öffentlichen Diskussion um die Handelsabkommen keine Beachtung gefunden. Im Rahmen der Handelsabkommen stuft die EU-Kommission öffentliche Dienste und damit auch Bildung als sensiblen und schützenswerten Bereich ein. Konkret werden aus öffentlichen Mitteln geförderte Bildungseinrichtungen wie Grundschulen und weiterführende Schulen sowie Hochschulen und Universitäten genannt. Dies sollte aus Sicht der Träger auch weiterhin für das gesamte Feld der Bildung, also auch für öffentlich finanzierte non-formale Bildung, gewährleistet bleiben. Die Träger lehnen zudem

die Regelungen zum Investitionsschutz und die Sperrklausel (»ratchet clause«) ab. Sie fordern den Positivenlistenansatz sowie eine transparente Verhandlungsführung. Auf EU-Ebene finden diese Forderungen aktuell konkretes Interesse im Bildungs- und Kulturausschuss (CULT): In einer noch zu erarbeitenden sogenannten Opinion (Stellungnahme des CULT-Ausschusses für den federführenden Handelsausschuss) soll das Positionspapier berücksichtigt werden.

Träger des Europabüros sind die Europäische Föderation für katholische

Erwachsenenbildung (FEECA), die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB e.V.), die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der deutschen Bischofskonferenzen (afj), der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), das Jugendhaus Düsseldorf e.V., die Katholische Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland e.V.) sowie das Netzwerk Rete Juventutis, ein europäischer Zusammenschluss verschiedener Träger katholischer Jugendarbeit.

Die Forderungen aus dem Positionspapier

Auszüge aus dem TTIP-Positionspapier der Träger des Europabüros

»1. Wir lehnen die Regelungen zum Investitionsschutz (samt Investor-Staats-Schiedsgerichtsverfahren) ab.

Festgelegte Standards in den EU-Ländern, die von den Regierungen getroffen worden sind, um einen hohen qualitativen Standard an Bildung in den Ländern bereitzustellen, könnten durch den Investitionsschutz untergraben und neue notwendige Bestimmungen verhindert werden. Investoren aus anderen Ländern hätten die Möglichkeit, diese Standards als Handelsbarriere darzustellen. Diese hätten dann das Recht, vor internationalen Gerichten diese Handelsbarrieren einzuklagen. Durch den Lissabon-Vertrag im Jahr 2009 ist die Regelungskompetenz für ausländische Direktinvestitionen von den EU-Mitgliedsstaaten auf die EU übertragen worden. Bisher ist seitens der EU noch kein Investitionsabkommen mit einem Drittstaat unterzeichnet worden. Somit gelten die Investitions-

förder- und -schutzverträge (IFV) noch als gültige Rechtsgrundlage für die Mitgliedsstaaten.

Die neuen Investitionsabkommen wie das »Comprehensive Economic and Trade Agreement, (CETA)«, TTIP oder TiSA sollen sich von alten Verträgen unterscheiden, vor allem soll das Investor-Staats-Schiedsgerichtsverfahren reformiert werden. So sollen die Investitionsschutzregeln klarer definiert werden, unter anderem um ungerechtfertigte Klagen zu verhindern. Der frühere deutsche Verfassungsrichter Prof. Dr. Siegfried Broß sieht hierfür keine Grundlage. Denn nach deutschem Verfassungsrecht seien allein ordentliche Gerichte die Instanzen, um über Klagen gegen Staaten zu entscheiden. Das schließe supranationale Gerichtshöfe, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen oder EU, nicht aus, wohl aber private Schiedsgerichte. Auch der kürzlich veröffentlichte Bericht der EU-Kommission zur Konsultation zum Thema Investitionsschutz zeigt die Skepsis der Bevölkerung. Die allermeisten Antworten, et-

wa 145.000 (d.h. 97%), wurden über verschiedene Onlineplattformen von Interessengruppen übermittelt.

2. Wir lehnen die Sperrklausel (ratchet clause), die besagt, dass Länder einmal privatisierte Bereiche nicht wieder verstaatlichen dürfen, ab.

Das ebenfalls zu verhandelnde Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) enthält eine Sperrklausel (ratchet clause), die besagt, dass Länder einmal privatisierte Bereiche nicht wieder verstaatlichen dürfen. Im Bereich des öffentlichen Bildungssystems bezieht die EU-Kommission im Rahmen von TiSA klare Position. »Unternehmen aus Drittstaaten werden keine Dienstleistungen in diesem Bereich anbieten dürfen. Gleiches gilt auch für alle anderen EU-Handelsabkommen. In Bezug auf privat finanzierte Bildungsdienstleistungen unterscheidet sich die Position der EU von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Jeder Mitgliedstaat kann in den TiSA-Gesprächen, wie in allen anderen EU-Handelsgesprächen, frei entscheiden ob er Nicht-EU-Unternehmen erlaubt, Bildungsdienstleistungen in seinem Hoheitsgebiet anzubieten, und wenn ja, welche Bedingungen diese Unternehmen erfüllen müssen.«

Experten/-innen aus non-formaler Bildung hinzuziehen

3. Wir fordern den Positivistenansatz. Falls dennoch der Negativlistenansatz gewählt wird, muss jegliche gemischt-finanzierte Bildungsdienstleistung aus TTIP und TiSA herausgenommen werden. Dazu müssen Expert/-innen aus der non-formalen Bildung frühzeitig hinzugezogen werden. Um keinen Raum für Interpretationen offenzulassen, befürworten wir den Positivistenansatz und nicht wie bei TTIP den Negativlistenansatz. Der bisher vorgesehene Negativlistenansatz wird bedeuten:

Alle Bereiche und Branchen werden erfasst. Nur was ausdrücklich ausgeschlossen wird, ist nicht von dem Vertrag betroffen. Um Risiken der Privati-

sierung von Bildungsdienstleistungen zu minimieren, ist der Ansatz der Positivisten sicherer und einfacher. Demnach werden nur die Themenbereiche aufgenommen, die auch wirklich im Handelsabkommen gewünscht sind.

4. Wir fordern eine stärkere Einbeziehung und weitere Veröffentlichungen der Dokumente im Bereich der Dienstleistungen, vor allem genauere Informationen für den Sektor Bildung.

»Erwachsenen- und Jugendbildung nachhaltig gefährdet«

Interview mit Elisabeth Vanderheiden im Deutschlandfunk

Elisabeth Vanderheiden, Vorsitzende der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland, sieht durch TTIP das Menschenrecht auf Bildung gefährdet. Sie forderte in einem Interview im Deutschlandfunk, die Bildung aus dem Freihandelsabkommen auszuklammern. Sonst würden Investor-Staat-Klageverfahren drohen.

Konkurrenz ist Bereicherung

Sie sagte, dass es bei TTIP gar nicht so sehr um Konkurrenz amerikanischer Bildungsanbieter gehe: »Konkurrenz an sich ist eine Bereicherung«. Vielmehr bestehe die Gefahr, dass Bildung dann immer mehr als ein Produkt, ein Geschäftsmodell gesehen werde und nicht, wie in Deutschland, als ein Menschenrecht verstanden wird. Das sei etwas anderes wenn Anbieter z.B. bei Computerschulungen nur die geschäftliche Seite im Blick haben oder ob es um gesellschaftlich wichtige Fragen gehe. »Wir machen im Moment sehr, sehr viele Angebote im Bereich von Grundbildung. Dass wir diese Angebote machen können, liegt daran, dass wir staatliche Unterstützung bekommen. Das könnten wir ohne diese Förderung nicht leisten und niemand anderes wird diese Aufgabe übernehmen, weil man damit kein Geld verdienen kann«, sagte die

Wir begrüßen und unterstützen die neue Transparenz-Offensive der EU-Kommission. Dennoch ist die Tragweite der Abkommen zwischen der EU und den USA enorm, und daher fordern wir, eine transparente Verhandlungsführung zu gewährleisten. Konkret bedeutet dies, dass alle wesentlichen Dokumente veröffentlicht und alle Leitlinien der Verhandlungen zugänglich gemacht werden, gerade in Bezug auf Dienstleistungen.«



Elisabeth Vanderheiden

KEB-Vorsitzende. Es sei ihrer Meinung nach sehr wichtig, dass man die non-formale Bildung in die Liste der sensiblen und zu schützenden Bereiche der Daseinsvorsorge aufnimmt, wie bei dem GATS-Abkommen mit Kanada.

Weiterbildungsgesetze in Gefahr

Vanderheiden gab in dem Interview auch zu bedenken, dass es bestimmte demokratisch zustande gekommene Gesetze wie Weiterbildungsgesetze etwa oder Erwachsenenbildungsförderungsgesetze einfach gar nicht mehr zur Anwendung kommen dürften, weil es die ständige Gefahr von Investitionsschutz oder von Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren gebe.